

LOKALREDAKTION WEINHEIM

So erreichen Sie die Lokalredaktion:

Tel. Redaktion: 0 62 21 - 519 57 36
 Fax Redaktion: 0 62 21 - 519 957 36
 E-Mail: Weinheim@rnz.de

Sulzbach blüht auf

Verein pflanzte heimische Gewächse in der Ortsmitte

Weinheim-Sulzbach. (RNZ) Die Anti-Schotter-Kampagne der Stadt für blühende Hausgärten und Grünanlagen kommt an: Wie die Verwaltung mitteilte, mussten in den beiden Weinheimer Pflanzenhandlungen (Büren und Globus) teilweise schon Kisten nachgeordert werden. Da hatte sich der Sulzbacher Obst-, Wein- und Gartenbauverein (OWG) schon „Weinheimer Kisten“ gesichert. Der traditionsreiche Naturverein im nördlichen Stadtteil gehört ohnehin auch im Verein Blühende Bergstraße zu den Aktivposten. Auch im Ort sorgt er immer wieder für Verschönerungen.

Diesmal nahm sich der OWG – passend zum Frühlingswetter und zu Ostern – die Prinz-Friedrich-Anlage in der Ortsmitte vor. Dort pflanzte ein fleißiges Team um Vorstand Richard Stimmler jetzt auf einer Fläche von rund 20 Quadratmetern die heimischen Pflanzen, die von Umweltherater Roland Robra und der Landschaftsarchi-



Ansprechend sieht jetzt die Sulzbacher Prinz-Friedrich-Anlage aus. Foto: Kreutzer

tektin Bettina Jaugstetter in einer „Weinheimer Kiste“ zusammengestellt worden sind. Da die Grünanlage sowohl schattige als auch sonnige Seiten aufweist, eignet sie sich auch als Präsentationsfläche für alle, die sich ein gutes Beispiel nehmen wollen. Die öffentliche Grünfläche könnte nun Vorbild für Sulzbacher Gärten sein.

Trockenheit schadet Bauern mehr als Corona

Weinheimer Landwirte beschäftigen kaum Helfer aus Osteuropa – Regenfreies Frühjahr kann zu Ernteeinbußen führen – Kampf um Flächen

Von Philipp Weber

Weinheim. So verschieden kann es zugehen innerhalb einer Branche: Während die Obst- und Gemüseproduzenten in Hirschberg und Ladenburg zuletzt händeringend nach Erntehelfern suchten, sehen die Weinheimer Bauern die Lage entspannt. Das gilt jedenfalls in Bezug auf die Coronakrise. Andere Thematiken treiben die Landwirte dagegen nach wie vor um. Dazu zählt die Tatsache, dass das Frühjahr bislang trocken ausgefallen ist.



Bauernverbandsvorsitzender Fritz Pfrang.

Insgesamt erfreulich sei es dagegen, dass die Stadtbevölkerung in diesen Tagen öfter rauskomme auf die Felder, so Fritz Pfrang, Vorsitzender des Weinheimer Bauernverbands. Der Verband vertritt 15 Landwirte. Laut Vorsitzendem Pfrang überwiegen in Weinheim und den Nachbarkommunen im Norden klassischer Ackerbau und Viehzucht. „Einige Weinheimer Betriebe haben Helfer aus Osteuropa“, so Pfrang. Dabei handle es sich aber um wenige Kräfte, nicht um eine dreistellige Zahl von Menschen. Traditionell stehe in Weinheim der Anbau von Getreide, Mais und Futtergras im Vordergrund, wobei die Fläche für Weiden zuletzt stark abgenommen habe, berichtet Pfrang.

„Zu Beginn der Coronakrise sind die Getreidepreise stark gefallen“, so der Bauernvertreter. Da die Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln aber ungebrochen ist, hätten sich auch die Preise erholt. „In Bezug auf dieses Thema können wir also entspannt sein“, sagt er. Das gilt allerdings nicht in Bezug auf das Klima.

Wobei auch hier das Sein das Bewusstsein prägt: Während sich Händler und Städter über das zuletzt trockene Wetter freuen, ist es für die Landwirte ein Problem. „Es hat wochenlang nicht geregnet“, erklärt Pfrang. „Viele hatten zuvor Dung ausgebracht, der seine Wirkung kaum entfalten konnte. Daher kann es passieren, dass die Ernteerträge geringer ausfallen. Es gibt dann weniger tragende Ähren.“ Sollte die Trockenheit



Vor sechseinhalb Jahren klärte ein Bürgerentscheid das Schicksal der Breitwiesen unweit des Autobahnkreuzes: Sie werden kein Gewerbegebiet, sondern bleiben Ackerland und Wiesen. Heute ist die Kulturlandschaft wieder bedroht – von der anhaltenden Trockenheit. Fotos: Kreutzer

mit heftigen Regengüssen enden, hätten die Bauern gleich ein neues Problem. Der Dung könnte fortgespült werden. Das trockenste Frühjahr, an das Pfrang sich erinnern kann, liegt indes noch vor der Zeit der Klimadebatten. Das war 1976. Damals ließ sich der Regen Zeit, bis in den Sommer hinein. Dieses Jahr verschärft sich das Problem indes, weil der Wind zuletzt sehr oft von Osten blies. Westwind bringt mehr Feuchtigkeit, was Pflanzen eher spüren als Menschen.

Pfrang könnte noch viel mehr erzählen, etwa über die Folgen der letzten Hitzesommer. Oder darüber, dass auch die Menge an Silage kleiner geworden ist. Freude macht ihm dagegen, dass es die Weinheimer wieder hinaus auf die Felder zieht. „Es sind bestimmt doppelt so viele Leute unterwegs wie sonst“, schätzt er. Ab und an merke er, dass es viele gar nicht gewohnt sind, einem Fuhrwerk ausweichen zu müssen. „Die scheinen gar nicht zu wissen, was der Bauer von ihnen will, wenn er aufs Feld abbiegt und die Leute im Weg stehen“, sagt Pfrang.

Er grüße trotzdem jeden. „Wir Bauern kämpfen in Weinheim um den Erhalt unserer Flächen“, erinnert Pfrang an die Auseinandersetzungen um die Ausweisung neuer Gewerbegebiete. Wenn die Menschen auf die Feldwege strömen, nähmen sie wieder den Wert der fruchtbaren Ebene im Westen der Stadt wahr, so Pfrangs Hoffnung.

Ein Termin ist jetzt doch vertagt worden, erklärt Pfrang in Bezug auf die Coronakrise: die Versammlung der Jagdgenossenschaft. Bei Jagdgenossen handelt es sich um Eigentümer von Grundstücken. Präziser: von Flächen, auf denen Jäger ihrem Handwerk nachgehen können. Diese Jagdpächter wiederum müssen Gelder an die Jagdgenossen zahlen. Über die Verwendung dieser Mittel wird im Verlauf der Versammlung entschieden. Oft erscheint nur ein Bruchteil der Berechtigten. Das Geld fließt dann meist in Maschinen, die gemeinsam genutzt werden. Der Weinheimer Oberbürgermeister hat den Vorsitz inne, da der Gemeinderat ihn dazu ermächtigt hat. „Das

ist eine Weinheimer Besonderheit, die es anderswo in dieser Form nicht gibt“, sagt Pfrang. Aber auch hierzu hat er eine Anekdote parat.

Bis ins Jahr 2013 habe Heiner Bernhard, der damalige Oberbürgermeister, die Versammlungen geleitet. Dann kam Weinheims letzter Bürgerentscheid. Die Mehrheit der Wähler verhinderte eine Gewerbeentwicklung im Gewann Breitwiesen. Danach habe Bernhard – ein glühender Befürworter dieser Entwicklung – die Versammlung nie mehr besucht. Für ihn übernahm Erster Bürgermeister Torsten Fetzner – übrigens nicht nur bei dieser Gelegenheit.

Fetzner sprang auch im Frühjahr 2019 ein, als der heutige OB Manuel Just die Wahlanfechtungsprozesse seiner Gegnerin Friedhild Miller abwartete. Diesen Frühling hätte Just „Premiere“ feiern dürfen. „Jetzt haben wir die Versammlung mit Just verschoben, aber sie findet noch statt“, verrät Pfrang. Stets einer der Tagesordnungspunkte: das „Gespräch mit der Verwaltungsspitze“.

WEINHEIM

Generationen-Treffpunkt. Geschlossen. Stadtbibliothek. Geschlossen.

EDINGEN-NECKARHAUSEN

Kath. Seelsorgeeinheit Mannheim St. Martin. 19 Uhr Häusliches Abendgebet.
Evangelische Gemeinde Edingen. Pfarrbüro und Kirche: Telefon 06203/892253.
Evangelische Gemeinde Neckarhausen. Pfarrbüro, Telefon 06203/922866.

NOTDIENSTE

Apotheken. Schäfer-Apotheke, Mannheim Str. 28, Weinheim, Tel. 1 26 68.

DIE RNZ GRATULIERT

Alles Gute!

Edingen-Neckarhausen. Katharina Killian, Eisenbahnstr. 9, 85 Jahre. **Ladenburg.** Rita Geier, 70 Jahre.

Wie sich GAL und Grüne in der Krise organisieren

Fraktion hofft auf digitale Ratssitzungen – Vorsitzende warnt vor Verschwörungstheoretikern – Viele helfen vor Ort

Weinheim. (RNZ) Wie können Stadträte und eine politische Vereinigung in Zeiten der Coronakrise ihrer Verantwortung gerecht werden? Das fragen sich nicht nur die Aktiven der GAL. Bei der Frage, ob das politische Engagement weitergehen muss, darüber gibt es allerdings Konsens bei Fraktion und Vorstand.

„Natürlich, wir sind gewählt und auch weiterhin in der Verantwortung“, so die Fraktionsvorsitzende Elisabeth Kramer. „Wir arbeiten als Fraktion weiter, nur eben anders. Unsere Themen haben sich naturgemäß verändert.“

Während es früher vorrangig um die Tagespolitik, die Entscheidungen im Gemeinderat und in den Ausschüssen ging, spielen diese durch die Absage der Sitzungen bis nach Ostern eine geringere Rolle. „Unser OB meinte, da gäbe es derzeit

auch nichts Dringliches“, so Kramer auf RNZ-Nachfrage, wann denn Schluss sein müsse mit der Zwangspause. Aus Stuttgart komme jedenfalls Hoffnungsvolles, fügt sie hinzu. Stadtrat und Landtagsabgeordneter Uli Secker kümmere sich auch darum, dass in Zeiten der Coronakrise digitale Sitzungen – etwa in Form von Videokonferenzen – kommunalrechtlich gleichwertig möglich werden. „Eine entsprechende Lösung soll es bereits kommende Woche geben.“

Jetzt aber sei noch die Stunde der Verwaltung, deren Krisenstab einen „erstklassigen“ Job mache. Berufspolitiker Secker wiederum versuche Tag für Tag, wichtige Infos an die eigene Mannschaft weiterzugeben, insbesondere aber auch an die Gemeinden sowie Kleinunternehmen und Selbstständige.

Die GAL und der Ortsverband der Grünen haben auf Videokonferenzen umgestellt. „Das wird von manchen als erleichternd, von anderen als stressig emp-

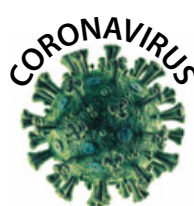
funden. Aber immerhin zeigt dieser Ausbau unserer Kommunikationsnetze, dass wir beim Thema Digitalisierung noch viel lernen müssen. Für eine Zukunft mit besseren virtuellen Möglichkeiten

Elisabeth Kramer. Foto: bk lohnt sich jede Anstrengung“, so Brigitte Demes und Leticia Stalf als Vorsitzende der GAL. Sie managen den Übergang in die digitale Welt mit ihrem Sachverstand.

Aber auch inhaltlich gebe es einen Wandel: Themen wie der Klimaschutz seien nicht vergessen, rückten aber vorübergehend in die zweite Reihe. Da GAL und Grüne Fachleute aus Medizin und Biolo-

gie in ihren Reihen haben, wollen sie gefährliche Verharmlosungen der Coronarisen zurückzuweisen. „Leider kommen die von verschiedenen Seiten“, so Vorsitzende Demes. „Zum Teil sind Verschwörungstheoretiker unterwegs. Wir schreiten ein, wenn die Gesundheit von breiten Teilen der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt wird oder Menschenleben gegen Interessen der Wirtschaft abgewogen werden.“

GAL und Grüne beraten auch, wie sie vor Ort helfen können. Stadträtin Tamy Fraas organisiert federführend „Food-sharing“, weitere sind im sozialen Bereich aktiv oder in der Flüchtlingshilfe unterwegs. Keine Ruhe also, zumal überlegt werden müsse, was die ganze Gesellschaft aus dieser Krise lernen sollte. „Wenn wir schon den Schulen eine beschleunigte Digitalisierung abverlangen, dann sollte das auch für politische Prozesse gelten“, so Stadtrat Stefano Bauer, der sich weiterhin mehr digitale Teilhabe auch für die Bürgerschaft wünscht.



Elisabeth Kramer. Foto: bk

Kommunaler Rettungsschirm kommt nicht

Pläne von SPD und Offener Grünen Liste, Firmen und in Not Geratenen zu helfen, sind gegen die Rechtslage

Edingen-Neckarhausen. (nip) Zwei Prüfaufträge seitens der SPD-Fraktion und der Offenen Grünen Liste (OGL) sind für Bürgermeister Simon Michler nun kurzfristig nach einem Anruf beim Kommunalrechtsamt Makulatur. Vom Grundsatz her, sagte der Bürgermeister gegenüber der RNZ, seien beide Ansinnen und die Idee dahinter absolut zu verstehen.

So wollte die SPD-Gemeinderatsfraktion angesichts der Coronakrise einheitliche gewerbetreibende Betriebe kurzfristig unter einen zeitlich befristeten finanziellen kommunalen Schutzschirm nehmen. Zur Begründung führt die Fraktion an, dass durch die Einschränkungen im Kontext des Kontaktverbots große Teile des Einzelhandels und der Gastronomie wirtschaftlich stark betroffen sind. Die meisten dieser Betriebe hätten schließen müssen, während gleichzeitig finanzielle Verpflichtungen weiterlaufen. „Wirt-

schaftlich stellt dies für diese Betriebe eine existenzbedrohende Situation dar und ist für sie langfristig nur schwer bis gar nicht auszuhalten“, formulieren die Fraktionsmitglieder Michael Bangert, Andreas Daners, Alexander Jakel und Thomas Zachler.

Die Gewerbetreibenden am Ort benötigten kurzfristig Liquidität, um laufende Kosten zahlen zu können. Daher denke die SPD an einen kommunalen finanziellen Schutzschirm für den von der Krise stark beeinträchtigten Einzelhandel und Gastronomen. Das Hilfsprogramm sollte die Betroffenen mit monatlich 1000 bis 2000 Euro für maximal drei Monate unterstützen. Diese kommunale „Corona-Soforthilfe“ sei gedacht als zusätzliche Hilfe und ginge über die von Bund und Land zur Verfügung gestellten Zuschüsse hinaus.

Die OGL wollte nicht auf Haushaltsmittel zurückgreifen, sondern eine Art

„Coronakrise-Spendenfonds“ einrichten. Die OGL setzt dabei auf private Geldgaben, die im Sozialfonds der Gemeinde eingezahlt werden könnten, um all jenen Mitbürgern zu helfen, die von der Coronakrise durch Kurzarbeit bedroht sind, oder sich als Freiberufler, Handel- und Gewerbetreibender existenzielle Sorgen machen. Die OGL nennt dabei aber auch Familien, die vom Hartz-IV-Bezug leben müssen oder Vermieter, die ebenso in wirtschaftliche Schieflage geraten könnten, wenn ihnen Mieteinnahmen wegbrechen. Die Fraktion fragte zugleich bei der Verwaltung an, ob sie die „halbwegs gerechte“ Verteilung eingehender Spenden übernehmen könnte oder selbst einen Vorschlag habe, wie man die Spendenbereitschaft der Mitbürger „sinnvoll lenken“ könne.

Michler betonte, dass er beide Aufträge vom Grundsatz her nicht erlaubt sei, einen kommunalen finanziellen Rettungsschirm über Gewerbetreibende aufzuspannen. Auch bei der Verteilung privater Spenden überschreite die Kommune die Grenzen ihrer Zuständigkeit. Es sei aber



Auch in der Doppelgemeinde sind die Straßen leer. Die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise treffen gerade die Läden sehr – da liegt die Idee eines Rettungsschirmes nahe. Foto: Pilz

möglich, eine private Stiftung ins Leben zu rufen, die Menschen in Not helfen könnte. Im wenige Kilometer entfernten Hirschberg ist das der Fall. Dort kümmert sich die Bürgerstiftung ums Abfedern kurzfristig eingetretener finanzieller Engpässe oder unterstützt mit Sachspenden.